



Direktdemokratischer Sozialstaat oder autoritärer Wohlfahrtsstaat?

Dr. Christian Vogel

Montag, 28. Mai 2018 um 18.15h

**Im Raum OVR A026 an der von Roll-Strasse 10
in Olten**

Öffentliche Veranstaltung mit Input und Diskussion, organisiert vom Bündnis Soziale Arbeit gegen das Überwachungsgesetz, mit Unterstützung der Fachschaft Soziale Arbeit HSA

Das **Bündnis Soziale Arbeit** spricht sich ausdrücklich für das Referendum gegen den Gesetzesartikel 43 ATSG (Allgemeiner Teil des Sozialversicherungsrechts) und damit gegen die Möglichkeit der Überwachung von versicherten Personen aus. Die Gesetzesrevision ist Ausdruck der neoliberalen sozialpolitischen Veränderungen der letzten Jahrzehnte, welche in einer Vertrauenskrise des Sozialstaats gipfelt. Diese Krise ist systematisch provoziert worden und bringt einen öffentlichen Missbrauchsdiskurs mit sich, der dazu tendiert, Personen in Notlagen einem permanenten Betrugsverdacht zu unterwerfen. Gegenüber diesen vereinfachten individuellen Problemzuschreibungen und irreführenden Kategorisierungen fordert das Bündnis ein Verständnis von Problemlagen als Resultat gesellschaftlicher und politischer Einflussnahme.

Christian Vogel wird in seinem Eingangsreferat die These darlegen, dass das Überwachungsgesetz im Kontext gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen verschärfter sozialer Ungleichheiten und antidemokratischer Tendenzen zu begreifen ist. Dazu wird das autoritäre Erbe in repräsentativen Demokratien und in den Modellen demokratischer Rechtsstaatlichkeit rekonstruiert und mit dem Anspruch moderner Gesellschaften auf individuelle und kollektive Selbstbestimmung konfrontiert. Die anhaltenden Debatten um die Sozialversicherungen werden vor diesem Hintergrund als Ausdruck einer Blockade in der sozialstaatlichen Entwicklung gedeutet, welche immer mehr auf eine für die Schweiz systemfremde Logik umstellt. Dem gegenüber geht es darum, eine direktdemokratische Praxis zurückzugewinnen, in der nicht das Kalkül des individuellen Vorteils einem anonymen Staat gegenübersteht, sondern die Bürgerinnen und Bürger der Staat sind.

**Für das Referendum gegen das Überwachungsgesetz:
<https://pledge.wecollect.ch/de>**